



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Oktober 2016

Für einen aktiven Friedensherbst: Am 8.10. nach Berlin! (Seite 2)



Die Demo zum Antikriegstag am ersten September Foto: Reinhard Schwandt, ver.di AG Friedenspolitik

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe:
Freitag, 28.10.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Die Waffen nieder!	S. 2
Einladung BMV / Rote Radtour	S. 3
Hamburger Friedenskonferenz	S. 4
65.000 gegen CETA und TTIP	S. 5
Rückblick aufs Sommerkino	S. 6
Neues von der Insel / KIDS bleibt!	S. 7
Mal nachdenken!	S. 8
Sommerfest am „Letzten Heller“	S. 8
Toilette in Mü'berg / Teilhabegesetz	S. 9
Termine / Kontakt	S. 10
Anhang: Stand des Bezirksarbeitsprogramms	

Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau, Fairer Welthandel statt TTIP und CETA

Bundesweite Demonstration am 8. Oktober 2016 in Berlin

Auftakt: 12 Uhr, Alexanderplatz, Ecke Otto-Braun-Straße

Veranstalter: Bundesausschuss Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, Berliner Friedenskoordination. www.friedensdemo.org.

Wir fahren von Hamburg mit dem Bus nach Berlin:

Abfahrt: 7.15 Uhr, Hauptbahnhof, Kirchenallee – Rückfahrt gegen 17 Uhr.

Kosten: ca. 22 € pro Person. Wer genug hat, gibt mehr, wer weniger hat, so viel sie oder er kann.

Karten: wolfgang.kirstein.hh@web.de oder Tel.: 040 551 38 91

Deutschland befindet sich im Krieg an vielen Orten der Welt. Die Bundesregierung betreibt eine Politik der drastischen Aufrüstung. Deutsche Konzerne exportieren Waffen in alle Welt. Das Geschäft mit dem Tod blüht. Gegen diese Politik leisten wir Widerstand. Die Menschen in unserem Land wollen keine Kriege und Aufrüstung – sie wollen Frieden.

Die Politik muss dem Rechnung tragen. Wir protestieren dagegen, dass Krieg immer alltäglicher wird und Deutschland einen wachsenden Beitrag dazu leistet: in Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Mali. Der Krieg in der Ukraine ist nicht gestoppt. Immer geht es letztlich um Macht, Märkte und Rohstoffe. Stets sind die USA, NATO-Mitgliedsstaaten und deren Verbündete beteiligt, fast immer auch direkt oder indirekt die Bundesrepublik.

Krieg ist Terror. Er bringt millionenfachen Tod, Verwüstung und Chaos. Millionen von Menschen müssen fliehen. Geflüchtete brauchen unsere Unterstützung und Schutz vor rassistischen und nationalistischen Übergriffen. Wir verteidigen das Menschenrecht auf Asyl. Damit Menschen nicht fliehen müssen, fordern wir von der Bundesregierung, jegliche militärische Einmischung in Krisengebieten einzustellen. Die Bundesregierung muss an politischen Lösungen mitwirken, zivile Konfliktbearbeitung fördern und wirtschaftliche Hilfe für den Wiederaufbau der zerstörten Länder leisten.

Die Menschen brauchen weltweit Gerechtigkeit. Deshalb lehnen wir neoliberale Freihandelszonen wie TTIP oder CETA ab. Wir wollen nicht, dass „das Recht der wirtschaftlich Stärkeren“ unsere sozialen und demokratischen Rechte und unsere Umwelt zerstört.

Erst recht wollen wir keine „Wirtschafts-NATO“ der westlichen Industrieländer des globalen Nordens, die die wirtschaftliche und damit auch die geopolitische Vormachtstellung gegenüber den BRICS-Staaten Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika sichert, ausbaut und letztendlich zu weiteren kriegerischen Auseinandersetzungen um die Rohstoffe unserer Welt führt.

Deutsche Waffenlieferungen heizen die Konflikte an. Weltweit werden täglich 4,66 Milliarden Dollar für Rüstung verpulvert. Die Bundesregierung strebt an, in den kommenden acht Jahren ihre jährlichen Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen. Statt die Bundeswehr für weltweite Einsätze aufzurüsten, fordern wir, unsere Steuergelder für soziale Aufgaben einzusetzen.

Das Verhältnis von Deutschland und Russland war seit 1990 noch nie so schlecht wie heute. Die NATO hat ihr altes Feindbild wiederbelebt, schiebt ihren politischen Einfluss und ihren Militärapparat durch Stationierung schneller Eingreiftruppen, Militärmanöver, den sogenannten Raketenabwehrschirm – begleitet von verbaler Aufrüstung – an die Grenzen Russlands vor. Das ist ein Bruch der Zusagen beim Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrags. Russland antwortet mit politischen und militärischen Maßnahmen. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Nicht zuletzt steigert die „Modernisierung“ genannte Aufrüstung der US-Atomwaffen die Gefahr einer militärischen Konfrontation bis hin zu einem Atomkrieg. Sicherheit in Europa gibt es nur *mit* und nicht *gegen* Russland.

Wir verlangen von der Bundesregierung:

- ▶ den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen,
- ▶ die drastische Reduzierung des Rüstungsetats,
- ▶ den Stopp der Rüstungsexporte,
- ▶ die Ächtung von Kampfdrohnen,
- ▶ keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands und
- ▶ den Ausstieg aus den unfairen Freihandelsabkommen, die Investitionen schützen anstelle von Umwelt, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen.

Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit.

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Liebe Genoss*innen,

mit der CETA/TTIP Demo am 17.09. wurde ein politisch spannender Herbst eingeläutet. Für DIE LINKE gibt es weiterhin viel zu tun! Insbesondere möchten wir uns ein politisches Programm geben, dessen Entwurf wir bereits zur Diskussion an die Basisorganisationen weitergeleitet haben. Wir laden euch deshalb alle ganz herzlich zu unserer nächsten **Bezirksmitgliederversammlung in Hamburg-Mitte** ein:

Zeit: Montag 3.Oktober, 13:00 bis 19:00 Uhr

Ort:

Drachenbau
Schmilinskystraße 6a (Hinterhof)
20099 Hamburg

Wir schlagen folgende Tagesordnung vor:

TOP:

- 0 Konstituierung**
- 1 Berichte**
- 2 Programmdiskussion**
- 3 Verschiedenes**

Der Drachenbau ist rollstuhlgerecht eingerichtet. Auf Anfrage sorgen wir gerne für eine Kinderbetreuung. Meldet Euch einfach bei uns. Für Kuchen und Getränke wird gesorgt. Ein Mittagessen haben wir angesichts des Beginns am Nachmittag diesmal nicht bestellt. Wir freuen uns auf euer zahlreiches Erscheinen!

Mit sozialistischen Grüßen, David Stoop

(i.A. des Bezirksvorstands Hamburg-Mitte)



Die norddeutsche LINKE war am 17. September gut sichtbar Foto: Reinhard Schwandt

Zweite rote Radtour am 16. Oktober

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Rote Radler*innen,

am 16. Oktober findet die 2. Rote Radtour der LAG Sport statt. Treffpunkt ist um 13 Uhr auf dem Heidi-Kabel-Platz (Hbf.). Von dort fahren wir gemütlich entlang der Außenalster nach Ohlstedt (ca. 25 km). Dabei diesmal auch Dirk Lau, Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs e.V (ADFC) und Heike Sudmann (MdHB). Ende mit Einkehr ca. 17 Uhr.



Anmeldung bitte an Harald Singler:

sport@die-linke-hamburg.de

„Es geht auch anders“: Hamburger Friedenskonferenz 2016

Datum/Zeit: Samstag, 05.11.2016, 09:30 - 20:00 Uhr

Veranstaltungsort: Alfred Schnittke Akademie, Max-Brauer-Allee 24, Hamburg

Der Eintritt ist frei, eine Spende wird erbeten.

Anmeldung erwünscht unter: heinemeier@haus-am-schueberg.de

Veranstalter

KunstHaus am Schüberg; Trägerkreis: Hamburger Initiative gegen Rüstungsexporte, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung, Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Frauen in Schwarz, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Willi Bredel Gesellschaft - Geschichtswerkstatt Ohlsdorf, Projekt Friedensethik - Ev. Kirchenkreis HH-Ost, AK Friedenswissenschaft HAW Hamburg, GEW - Ausschuss für Friedenserziehung, ver.di AK Frieden, AK Anti-Drohnen-Kampagne, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / BdA; Unterstützung: Evangelische Akademie der Nordkirche

Ziel ist die Gründung einer neuen Hamburger Plattform der Friedensinitiativen, Gruppen und Einzelpersonen zu unterschiedlichen Aspekten der aktuellen Friedenspolitik. Aktionen und Kampagnen können gegenseitig unterstützt und vernetzt werden. Als gemeinsame Basis dient ein auf der Konferenz verabschiedetes „Hamburger Votum zum Frieden“.

Themen des Tages:

- Friedenspolitische Zeitansage
- Referat Prof. Dr. H.-M. Birckenbach: „Paradigmenwechsel von Sicherheitslogik zu Friedenslogik“
- Nachfragen, Diskussionen

Arbeitsgruppen mit Impulsreferaten zu

- Grenzen öffnen für Menschen – Grenzen schließen für Waffen
- Waffenexporte über den Hamburger Hafen – Rüstungsproduktion
- Auslandseinsätze der Bundeswehr – unter Einbeziehung des Weißbuchprozesses
- Alternativen zur Militarisierung im Bildungswesen durch die Bundeswehr
- Geopolitische Strategien und Entwicklungspolitik
- TTIP und Krieg
- Lernen und Forschen für den Frieden – Zivilklausel an der Universität
- Automatisierung des Krieges – Ächtung bewaffneter Drohnen
- Perspektiven und Verabredungen für friedenspolitische Aktionen und Kampagnen

Ab 17 Uhr informelles Zusammensein mit Musik, Imbiss, Wein und Wasser... Infostände stehen zur Verfügung.

Aufruf: Als „Tor zur Welt“ ist Hamburg reichhaltige Quelle internationalen kulturellen Austauschs. Andererseits ist die Hafenstadt Metropole des maritimen Rüstungsexports und der -produktion. Jede Waffe findet ihren Krieg – und so beteiligt sich Hamburg an dem Geschäft mit dem Tod, an Vertreibung und Flucht.

Viele Menschen, die ihre Heimat aufgrund von Gewalt verlassen mussten, suchen verstärkt Zuflucht in Europa, auch in Hamburg. Diesen tödlichen Kreislauf gilt es zu durchbrechen, die Kriegs=Fluchtursachen zu beenden, sowie allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Der gesellschaftlich produzierte Reichtum dafür ist da – die Welt könnte schon jetzt zweieinhalb Mal ernährt werden.

Wie können wir dazu beitragen, globale Probleme wie Hunger, Krankheit und Umweltzerstörung zu überwinden und eine friedliche, demokratische, soziale und ökologisch nachhaltige Welt zu bauen? Wie kann heute der Paradigmenwechsel von Sicherheits- zur Friedenslogik gelingen? Statt Konkurrenz zwischen Staaten, Städten, Häfen, Unternehmen und Menschen geht es um eine neue, revolutionäre Kultur der internationalen Kooperation und des Friedens. Deutschland, mit den Erfahrungen von zwei Weltkriegen, sollte Vorreiterin sein für dieses Denken und Handeln.

Wir rufen Sie auf: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten!

Nach der TTIP/CETA-Demo am 17. September

Liebe GenossInnen,
liebe Freund/innen/e der Linken aus Mitte,
am 17.09.2016 fand in Hamburg am Hamburger
Rathausmarkt ab 12:00 Uhr mittags eine der größ-
ten Demonstrationen seit Jahrzehnten statt. Für
Hamburg wurden von der Polizei 30.000, von den
VeranstalterInnen 65.000 TeilnehmerInnen an der
Demo gegen die Freihandelsabkommen TTIP-
CETA gezählt. In sämtlichen 7 Städten sollen es
über 320.000 Menschen insgesamt gewesen sein!



Alle Beteiligten, viele Organisationen und Bündnis-
partner sowie viele GenossInnen von "Die Linke
Hamburg" hatten zu dieser wichtigen Demo aufge-
rufen und mobil gemacht. Mit so vielen Teilnehme-
rInnen hatten manche wohl nicht gerechnet, auch
ich persönlich war sehr überrascht über die zahl-
reiche Teilnahme. Es war wirklich ein einmaliges
Ereignis für die Stadt Hamburg und endlich mal ein
wahres Megaevent mit Sinn und Aussagekraft!



Über die Inhalte und Auswirkungen der Freihand-
delsabkommen TTIP-CETA haben und werden an
dieser Stelle bestimmt noch andere GenossInnen

berichten, so dass ich darauf nicht weiter eingehen
werde. Von mir einen ganz herzlichen Dank an alle
Beteiligten und alle Mitwirkenden, an die vielen
Menschen, welche an diesem Tag dabei waren
und mit ihrer Person deutlich machten:

Mit uns wird es diese Freihandelsabkommen in
Deutschland nicht geben, kein Aufweichen der
Arbeitsrechtsstandards, keine Klagen von Konzer-
nen gegen Staat, Länder und Kommunen und ähn-
liches, wie Chlorhühner!

Wie nun bekannt wurde, sind dennoch fast alle
Parteien mit Regierungsbeteiligung, allen voran die
SPD, für die Freihandelsabkommen TTIP-CETA.
Das deutliche Signal der Menschen aus Deutsch-
land war aber genau gegenteilig!



Für mich völlig unverständlich, dass die von uns
gewählten „VolksvertreterInnen“ nicht auf die
Stimmen des Volkes hören, von dem sie gewählt
wurden; sondern nur im Sinne des egozentrischen
Neoliberalismus und der Konzern- bzw. Wirt-
schaftsinteressen ihre Entscheidungen treffen und
dabei die Meinung der in Deutschland lebenden
Menschen einfach so übergehen!

Die Menschen werden bei der nächsten Wahl des
Bundestages dies bei ihrer Wahlentscheidung be-
rücksichtigen, über weiteren Stimmenverlust soll-
ten sich Gabriel und Co in Zukunft nicht mehr wun-
dern!

Maureen Schwalke (*auch Fotos*)

Und das Thema ist auch weiter auf der Tagesordnung,
u.a. bei einer Auswertungsveranstaltung der LINKEN
am 27.9. Die aufrufenden Organisationen von attac bis
ver.di werden das Thema mit weiteren Aktionen am
Kochen halten, bis die ungerechten neoliberalen Ab-
kommen vom Tisch sind! Wie Bernd Riexinger auf dem
Rathausmarkt sagte: Man kann die Abkommen nicht
verbessern, die Wirtschaftsordnung muss eine andere
werden!- red

Von Le Havre nach Hamm Rückblick auf das Rote Sommerkino 2016



Die Geschichte einer Rettung zeigte am 2. September das diesjährige Rote Sommerkino auf der großen Wiese im Hammer Park. Bei der Auswahl dieses Films über einen afrikanischen Flüchtlingsjungen und seinen solidarischen Beschützer hatten wir uns für den optimistischsten, aber auch bisher letzten Spielfilm des finnischen Regisseurs Aki Kaurismäki entschieden. Zurzeit arbeitet er an einem weiteren Projekt zum Thema Flucht – und man kann gespannt sein, ob er wieder solch eindrucksvolle Anstöße aus einer künstlerischen Perspektive enthält, die zeigen, dass die scheinbar Schwachen siegen können – und wenn die Lage noch so trostlos ist. Leider ist sie seit 2011, als »Le Havre« entstand, nicht tröstlicher geworden.

Wir freuen uns gerade auch deshalb sehr, dass das diesjährige Sommerkino bei den über 200 BesucherInnen auf so guten Zuspruch gestoßen ist – bei den GenossInnen ebenso wie bei den ZuschauerInnen aus dem Stadtteil und der Umgebung. Es ist an diesem Platz keine neue Aussage, aber: Die Kontinuität einer solchen Veranstaltung im Hamburger Osten („Das macht ihr ja jedes Jahr, nicht? Wir freuen uns immer schon darauf.“) ist enorm wichtig, sowohl als zwangloses Treffen für die GenossInnen als auch als Teil der Öffentlichkeitsarbeit für die Partei und ihre Arbeit in einer sozial zerklüfteten Stadt.

Jan van Aken, der wie schon in den letzten Jahren das Sommerkino „gesponsert“ hat, kam gerade noch rechtzeitig aus Berlin, um die Gäste zu begrüßen und etwas Abstand vom Hauptstadt-Betrieb zu gewinnen. Dabei wies er auch auf die Notwendigkeit hin, weiter aktiv gegen TTIP und CETA Stel-

lung zu beziehen. Zu diesem Thema zeigten wir vor dem Spielfilm das Video zur Mobilisierung für die TTIP-Demonstrationen in sieben deutschen Städten – natürlich auch in Hamburg – am 17. September, außerdem gab es Material am Infostand.

Das Wetter, dem bei diesem Ereignis alljährlich eine besondere Rolle zukommt, zeigte sich tagsüber nicht immer von der strahlendsten Seite, doch nach wenigen kleinen Nieselschauern blieb es vor und während der Vorführung trocken und mild. Etwas geringer als im letzten Jahr, aber durchaus zufriedenstellend waren die aus dem Verkauf von Würstchen und Getränken erzielten Spendeneinnahmen. Wir möchten davon einem stadtteilnahen Projekt zur Unterstützung von Flüchtlingen etwas spenden, in Überlegung ist der Verein Schülerpaten.

Die Hilfe beim Aufbau und am Stand hätte noch auf ein paar mehr Schultern verteilt werden können, doch gerade wenn man bedenkt, wieviele Termine die zu wenigen Aktiven nach dem Ende der Sommer-„Pause“ schultern müssen, klappte insgesamt alles prima (auch erneut die Kooperation mit Berit bei der Vorbereitung), und gerade beim Abbauen gab es viel Unterstützung.

Wir danken allen HelferInnen und BesucherInnen und hoffen, dass es auch im nächsten Jahr – und dann voraussichtlich im Vorfeld der Bundestagswahlen – wieder heißt: Rotes Sommerkino umsonst und draußen im Hammer Park!

Marion Fisch für die Stadtteilgruppe Hahobo

Neues von der Insel!



Neben unseren lebhaften BO-Sitzungen hatten wir in diesem Monat zwei Termine, die für die Anwesenden sehr informativ waren. Da war zunächst die Veranstaltung der BO Wilhelmsburg/Veddel mit dem rentenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Matthias W. Birkwald. Er erklärte uns mit einfachen Worten, wie immer mehr BürgerInnen in die Altersarmut absinken und wie man dem mit dem Rentenkonzept der LINKEN entgegenwirken kann. Die Ursachen der Altersarmut sind uns ja allen bekannt. Zum einen die sogenannte Rentenreform unter Rot-Grün, mit FDP + CDU/CSU und die Gesundheitsreform von Seehofer, die auch mit den Stimmen von SPD und Grünen verabschiedet wurde. Hier nur ein Punkt: ArbeitnehmerInnen, die durch eigene Beiträge Vorsorge fürs Alter durch eine Entgeltumwandlung (ein Teil ihres Gehalts wird in eine Versicherung eingezahlt) abgeschlossen haben, müssen für diese Krankenversicherungs- und Pflegeversicherungsbeiträge bezahlen, obwohl sie diese Beiträge ja schon jeden Monat durch ihren Lohn abführen. D.h., sie bekommen am Ende 1/5 weniger ausgezahlt als den Betrag, den sie eingezahlt haben. Dass Schlimme ist, es

gibt keinen Bestandsschutz für bereits abgeschlossene Verträge. So etwas nennt man Abzocke und Betrug.

Dann hatten wir noch unser „Sommerfest“ mit der Masch und der DKP, verbunden mit einem Beitrag von zwei Mitarbeiterinnen vom Asklepioskonzern über den erfolgreichen Kampf der Pflegekräfte für mehr Personal und eine gesetzlich festgelegte Mindestpersonalbemessung am Beispiel der Berliner Charité. Heraus kam dabei, dass ein erfolgreicher Kampf auch vom Organisationsgrad (Gewerkschaftsmitglieder) und der Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats abhängt. Auf die Frage, ob ihr Anliegen von der Vorsitzenden des Konzernbetriebsrats, Katharina Ries-Heidtke, unterstützt wird, sagten beide: „Dazu sagen wir lieber nichts“.



Informatives Sommerfest Foto Maureen Schwalke

Zum Schluss möchte ich Euch noch auf die nächste Ausgabe von unserem Linksinsulaner hinweisen, der über einen „kleinen“ Skandal bei der FHH berichten wird.

Ronald Wilken

Das KIDS muss bleiben!

Viele werden es ja wissen: Das KIDS (niedrigschwellige Beratungsstelle für Straßenkinder) im Bieberhaus wurde zum 1.10. von der neuen Eigentümerin der ehemals städtischen Räume gekündigt und hat bis heute keine neue Bleibe in Hauptbahnhofsnahe. Immerhin zeichnet sich eine Containerlösung ab, aber auch die ist noch nicht gesichert. Am 16.09. wurden dem Senat vor dem Rathaus über 6.000 Unterschriften für den Erhalt übergeben. Mit dabei waren über 200 aktuelle und ehemalige KlientInnen und UnterstützerInnen sowie Cansu Özdemir von der Bürgerschaftsfraktion. Unsere Solidarität wird weiter gebraucht! - besel
Foto: Maureen Schwalke



Mal Nachdenken ... !

Wir als „Linke“ Opposition sollten uns auch wieder auf die WählerInnen konzentrieren, die uns gewählt haben! Sonst verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit. Ich möchte den einen oder anderen zum Nachdenken bringen, indem ich wieder auf unsere Wurzeln hinweise. Wollen wir ein Desaster wie in Mecklenburg Vorpommern, dann weiter so! Wir haben ein klares Profil, warum zeigen wir es nicht? Es ist ja beinahe wie auf dem Jahrmarkt, jeder will etwas haben, aber keiner will etwas geben! Ist das noch Sozial?

Das Beispiel, das ich bringe, ist sehr privat. Meine Frau, manche kennen sie noch – Anke Knobloch aus Wandsbek, eine damals sehr engagierte Frau in der Region -, liegt jetzt schon 4 Jahre im Pflegeheim. Seit einem Jahr sind die Bewegungen, die sie machen kann, sehr eingeschränkt. Obwohl es krankengymnastische und physische Übungen gibt, es wird immer schlimmer! Es sollten Übungen zur Stabilisierung sein, aber dann ist die eine Therapeutin krank oder im Urlaub, dann haben sie

auch nur 1 Stunde pro Woche Zeit. Das zeigt, wieder wird auf dem Rücken der Armen und Kranken gespart, damit die hohen Damen und Herren in die Oper gehen können. Ich als ihr Ehemann leide sehr an meiner Hilflosigkeit. Darum meine Bitte, kümmert euch auch um das Wohl der Kranken und des Pflegepersonals! Einerseits ist das Pflegepersonal sehr schlecht bezahlt, andererseits gibt es zu wenig Menschen, die sich so einer Herausforderung gewachsen fühlen. Das führt zu einem hohen Krankenstand und einer Unzufriedenheit mit dem Job. Ich will nicht sagen, dass das die Patienten auszuhalten haben, aber der Gedanke kommt einem! Auch die Personen im Öffentlichen Dienst, Kindergärten, Schulen bis hin zur Behörde, kommen im Augenblick bei uns zu kurz. All diejenigen hatten Träume und Vorstellungen, die wir auch erfüllen sollten.

Damit schließe ich meinen kleinen Beitrag und hoffe, ich konnte euch erreichen!

Andreas Lübke, BO Billstedt

Unser Nachbarschaftsfest am „Letzten Heller“

Klein, Groß, alle waren herzlich willkommen

Das ist Integrationsarbeit! Es muss nicht immer groß und gewaltig sein! Unser Nachbarschaftsfest wurde zur Begegnung der Nationen und der Generationen. Alle, oder auf jeden Fall viele, kamen zu unserem Nachbarschaftsfest, das von unserer Wohnungsgenossenschaft „Hansa“ veranstaltet wurde! Unter dem Motto „Jeder bringt was mit und wir den Rest“ wurde es sehr gemütlich! Wir wollten eigentlich zwei Monate früher feiern, aber das Wetter spielte nicht mit und so haben wir im Spätsommer bei schönem Wetter nachgefeiert.

Wenn man Kinder fragt, was sind Ausländer, da kommt die Antwort: Wir sind alles Kinder! Davon kann man sehr viel lernen!

Bei Kinderschminken und einer guten Wurst – auf Wunsch sogar ganz ohne Fleisch - oder einem Putensteak kam man ins Gespräch. Und so manche Anekdote kam dabei raus. Bier gab es auch, aber es sollte ja kein Wetttrinken werden!

Es wurde ein gelungener Nachmittag. Dafür ein dickes ‚Danke‘ an alle HelferInnen und OrganisatorInnen, zwei von der „Hansa“ sind nebenstehend abgebildet.



Andreas Lübke

Endlich beseitigt - der Stein des Anstoßes in Mümmelmannsberg!

Zur Wahlveranstaltung im Gemeindezentrum Mümmelmannsberg gab ich einst allen dort anwesenden MümmelmannsbergerInnen das persönliche Wahlversprechen, eine von den EinwohnerInnen lange geforderte öffentliche Toilette nach Renovierung wieder in Betrieb zu nehmen bzw. durch einen Neubau zu ersetzen.

Nach endlosen Anfragen und Anträgen im Regionalaussschuss Billstedt sowie im Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg (Müberg), ständigen für die Verantwortlichen penetranten Nachfragen bezogen auf die Toilette, kam es nun zu folgender überraschender Mitteilung im Sanierungsbeirat Müberg: „Die öffentliche Toilette ist nun offiziell zugesagt worden!“

Herr Mathe, Leiter des Amtes Stadt- und Landschaftsplanung (SL) des Bezirks hatte dies in der letzten Sitzung des Beirates im Konferenzraum der Gesamtschule Müberg bestätigt.

Lange Zeit stellte sich vorher die Frage der Instandhaltung Pflege und Sauberkeit der Toilette, deshalb wurde lange nach einer Lösung gesucht. Dazu war angedacht, die Pflege der Anlage durch oder eine Toilette in einem Geschäft bzw. einem gastronomischen Betrieb, Kiosk und ähnlichem anzusiedeln.

Für ein besseres Teilhabegesetz!

„Das Bundesteilhabegesetz verdient seinen Namen nicht. Es macht Teilhabe von dem Geldbeutel der Menschen abhängig und ist unsozial. Es muss ein vom Bund finanziertes Teilhabegeld geben, eine konsequente einkommens- und vermögensunabhängige Ausgestaltung der Eingliederungshilfe, Menschen mit Behinderungen müssen von Menschen mit Behinderungen beraten und unabhängige Beratungsstellen durch den Bund finanziert werden, bundesweit müssen einheitliche Leistungen aus einer Hand geschaffen werden, persönliche Assistenz in allen Lebensbereichen anerkannt werden, ein Wunsch- und Wahlrecht muss gegeben sein. Teilhabe geht eindeutig anders“. (Text: PM Anna Rinne)

Zurzeit werden auch mit dem „neuen“ Bundesteilhabegesetz viele Menschen mit Behinderung von der öffentlichen Teilhabe ausgeschlossen, sofern ihr persönlicher Geldbeutel Ihnen eine vernünftige Teilhabe nicht ermöglicht!

Bei den Gesprächen mit den DemoteilnehmerInnen wurde außerdem die Forderung nach inklusivem, bezahlbarem, für RollstuhlfahrerInnen nutzbarem Wohnraum geäußert.



Da dies letztendlich nicht realisierbar war, wurde nun dem Druck und Drängen der politischen und außerparlamentarischen AkteurInnen zu meiner und unserer Freude entsprochen!

Künftig wird die Stadtreinigung diese und andere öffentliche WC-Anlagen betreiben; wenn man so will eine Art Rekommunalisierung, nachdem der Senat jahrelang auf die Firma JCDecaux vertraut hatte.

Maureen Schwalke



Diese Forderungen sind für Menschen mit Behinderung unabdingbar, wir alle werden älter und eines Tages vielleicht selbst froh darüber sein, dass heute eine gute Entwicklung der Inklusion für Menschen mit Behinderung erkämpft worden ist!

Unsere Genossin Cansu Özdemir aus der Hamburger Bürgerschaft war als Sprecherin bei der Demo anwesend.

Maureen Schwalke
Fotos auf dieser Seite: Maui

Termine in (und für) Mitte

Montag, 03.10., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe W'burg/Veddel
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 05.10., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 05.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 08.10.

Die Waffen nieder! Friedensdemo
Berlin (siehe Seite 2)

Dienstag, 11.10., 19:30 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe **St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 11.10., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Donnerstag, 13.10. 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Montag, 17.10., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.10., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

November 2016

Mittwoch, 02.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 02.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 05.11., ab 09:30 Uhr

Hamburger Friedenskonferenz
Max-Brauer-Allee 124 (s. S. 4)

Montag, 07.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.11. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 08.11., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 16.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Montag, 21.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin	0176-70445442	alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		monika.berstecher@die-linke-hamburg-mitte.de
Michael Czerwinski	0175- 639 55 72	michael.czerwinski@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther	0151-44563129	joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		theresa.jacob@die-linke-hamburg-mitte.de
Regina Jürgens		regina.juergens@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister	0152-33854547	frank.rinnert@die-linke-hamburg-mitte.de
David Stoop	0153-77725737	david.stoop@die-linke-hamburg-mitte.de
Wolfgang Strauß		wolfgang.strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Eva Rozanski	0151 686 56 611	eva.rozanski@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
nachrichtlich:		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Die soziale Spaltung überwinden Solidarisch für soziale Gerechtigkeit und Frieden

Arbeitsprogramm DIE LINKE Hamburg-Mitte 2016 bis 2018, Stand 26.09.16

Hamburg ist eine sozial gespaltene Stadt. Besonders offensichtlich wird dies im Bezirk Mitte: Hier verdichten sich die Widersprüche und Herausforderungen der kapitalistischen Gesellschaft. Auch hier wächst die Armut von immer mehr Menschen und der Reichtum einiger Weniger. Auf der einen Seite erodiert die öffentliche Infrastruktur unter der „Schuldenbremse“, auf der anderen Seite zeigen Luxusprojekte wie die Hafencity mit der Elbphilharmonie die Verschwendung öffentlicher Gelder zu Gunsten der Reichen. Der Hafen ist einerseits „Tor zur Welt“ und damit Ort kulturellen Austauschs und internationaler Solidarität, andererseits werden hier Waffen produziert und in alle Welt verschifft - wo sie Tod und Verzweiflung bringen und immer mehr Menschen zur Flucht zwingen. Der Hauptbahnhof im Herzen der Stadt ist für Geflüchtete ein Ort der Erstkunft, an dem sie einerseits mit der restriktiven Ausländerbehörde und völlig unzureichender Versorgung konfrontiert sind, andererseits hat sich hier die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ organisiert und sie erfahren viel Unterstützung aus der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich DIE LINKE Hamburg-Mitte folgende Arbeitsschwerpunkte bis 2018 vor:

Die Schuldenbremse muss weg!

Mit der Schuldenbremse und ihrer Durchsetzung u.a. durch die „Bezirksreform 2020“ werden die Bezirke durch den Personalabbau fast bis zur Handlungsunfähigkeit geschröpft. Wir erleben tagtäglich, wie Öffnungszeiten beschränkt, Serviceleistungen beschnitten und soziale Einrichtungen gleich zur Gänze geschlossen werden. Selbst grundlegende Dienstleistungen wie die Ausstellung eines Ausweises bringen mittlerweile monatelange Wartezeiten mit sich. Gelder können nicht überwiesen werden, weil die Krankheitsrate unter den überlasteten Mitarbeiter_innen hoch ist.

Trotz des massiven Wohnraummangels kann die auf zehntausende Wohnungen geschätzte Zweckentfremdung nicht bekämpft werden, weil es in den Bezirken kaum Personal dafür gibt.

Um diesem Problem entgegenzuwirken muss die gesellschaftliche Entwicklung der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung entzogen werden und in die öffentliche Hand genommen werden: zur Stärkung des Sozialstaates, der Demokratie und des Allgemeinwohls. Daher ist die Politik der Schuldenbremse zu beenden.

Die Privatisierung staatlicher Aufgaben (wie der Gesundheitsversorgung) hat für die Mehrheit der Bevölkerung nur Ärger und Schaden gebracht. Öffentliche Aufgaben müssen vollständig zurück in die öffentliche Hand. In die Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Einrichtungen usw.) muss massiv investiert werden, so werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Öffentliche Einrichtungen müssen demokratisiert werden. Ein wichtiges Ziel in diesem Sinne ist die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, damit nicht der Profit, sondern der Mensch im Zentrum des Gesundheitswesens steht.

- Das Personal in den Bezirken muss aufgestockt werden, um wieder agieren zu können. Öffentliche Einrichtungen müssen den realen Kosten und Bedarfen angemessen von der Stadt ausgestattet werden.

Wohnen ist ein Grundrecht - Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Hamburg braucht bezahlbaren Wohnraum und insbesondere Sozialwohnungen. Investorenfreundliche Großprojekte, Wohnungsspekulation und Gentrifizierung müssen ein für allemal beendet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der "Drittelmix" des Hamburger Senats mit hochpreisigen und Eigentumswohnungen zu Gunsten von 100% Sozialwohnungen nach Vorbild des "Wiener Modells" abgeschafft wird. Immer neue Planungen für Großprojekte zeigen, dass es auch in Hamburg an Geld, Baumaterial und Know-How nicht mangelt. Wir fordern: Leerstand zu Wohnraum, damit kein Mensch mehr in Containern, Zelten oder ganz ohne Obdach leben muss.

- Der soziale Wohnungsbau muss massiv gesteigert werden. Auslaufende Mietpreis- und Sozialbindungen sind durch Wohnungsankauf und auf Hamburger Ebene durch Verlängerung der Laufzeiten zu verhindern.
- Damit die Bevölkerung ihr Lebensumfeld selbst gestalten kann, muss sie auf Augenhöhe an der Ideenfindung und Planung der Stadtentwicklung mitwirken können. Quartiers- und Stadtteilbeiräte sind zu verstetigen, sie müssen finanziell im Etat und institutionell im Bezirksverwaltungsgesetz abgesichert werden.

Bildung und Kultur für alle!

Ob Hartz-IV-Empfängerin, Geflüchteter, Rollstuhl-Fahrerin oder Kind betuchter Eltern: Bildung und Kultur müssen für alle Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft (barriere-)frei zugänglich sein, damit alle Menschen sich das kulturelle Erbe der Menschheit aneignen und ihre Persönlichkeit als mündige Bürger_innen entwickeln können. Dies ist die Grundlage einer Gesellschaft, die auf Emanzipation und Solidarität setzt statt auf Ausgrenzung und Konkurrenz. Die Abschaffung von Studien- und Kita-Gebühren konnte erreicht werden, nun müssen – vor allem in den Schulen – die Inklusion vorangetrieben und ausreichend ausgestattete Sprachkurse und Integrationsklassen geschaffen werden. Theater, Bücherhallen und Museen müssen von Arbeitslosen und Geflüchteten kostenfrei besucht werden können.

Nervtötende Mega-Events wie Hafengeburtstag, Alstervergnügen und Kreuzfahrtschiff-Besuche machen Hamburg zu einer Event- und Tourismusstadt, die den kommerziellen Gewinnerwartungen unterworfen wird und immer weniger den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner_innen entspricht. Dagegen stärken wir Stadtteilkultur als lebensnahen Reflexionsraum von unten, in dem die Menschen sich gemeinsam bilden und emanzipieren – und die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihre eigenen Hände nehmen.

- Zur Integration der vor Krieg und Elend nach Hamburg geflüchteten Menschen muss eine positive Entwicklung für alle angestoßen werden: Neue Siedlungen ja – aber auch Begegnungs- und Kulturzentren, Schwimmbäder und Bücherhallen, Parks und eine spürbar steigende Lebensqualität im Umfeld. Dafür müssen auch soziale Einrichtungen, Schulen und Kindergärten ausgebaut und besser ausgestattet werden.

Menschenwürdige Arbeit und soziale Absicherung für alle!

Das Hartz-IV-System ist menschenverachtend und muss überwunden werden. An seine Stelle muss ein sanktionsfreies Arbeitslosengeld treten, dessen Höhe ein menschenwürdiges Leben ohne Armut ermöglicht. Doch auch das soziale Gefälle zwischen Einkommensbezieher ist immens, so dass es immer mehr „Aufstocker“ gibt, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Liegt das durchschnittliche jährliche Einkommen in Hamburg bei 35.567 Euro, so sind es im Bezirk Hamburg-Mitte nur 23.802 Euro. Auf der Veddel liegt das Einkommen mit nur 14.633 Euro jährlich bei nicht einmal der Hälfte des Hamburger Durchschnitts. In der HafenCity liegt es jedoch mit 81.470 Euro bei weit mehr als dem Doppelten des städtischen Schnitts. Noch weiter „entfernt“ sind die Elbvororte. So liegt in Nienstedten das durchschnittliche zu versteuernde Einkommen bei fast 140.000 Euro jährlich.

Rund die Hälfte aller von Armut betroffenen Kinder in Hamburg lebt im Bezirk Mitte. Befinden sich in Hamburg durchschnittlich 21% aller Kinder unter 15 Jahren in der Mindestsicherung, so sind es in Mitte 37,6%. Das Arm-Reich-Gefälle zieht sich quer durch den Bezirk. So sind auf der Veddel sogar 48,1% der Kinder auf eine Mindestsicherung angewiesen, in der HafenCity hingegen kein einziges.

In den letzten Jahren hat die Zahl derer, die in Schlangen vor den Essensausgaben der Tafeln in Hamburg-Mitte warten, stetig zugenommen und der Anblick von Pfandsammler_innen, die ihr Grundeinkommen aufbessern müssen, ist zum alltäglichen Ausdruck der immensen sozialen Ungleichheit geworden. Vor allem bedarf es daher konsequenter Maßnahmen für Vollbeschäftigung. Durch die Massenerwerbslosigkeit werden Arbeitsuchende wie Arbeitsplatz“besitzer_innen“ erpresst und gegeneinander ausgespielt.

- Wir setzen uns für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. Das schafft Arbeitsplätze, wirkt für höhere Löhne und verbessert die demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz.
- Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sowie gewerkschaftliche Rechte müssen für alle gelten - bis zum Strafgefangenen. Solidarität zählt!

„Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Die Beendigung aller Kriege ist die erste Zivilisationsvoraussetzung. Daher setzen wir uns für die Umstellung auf ausschließlich zivile Produktion und das Verbot von Waffenexporten über den Hamburger Hafen ein. Ebenso streiten wir für den strikt zivilen Charakter von Bildung und Kultur. Mit der Einführung einer Zivilklausel an der Fachhochschule HAW ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Diese Ausrichtung soll gesetzlich für alle Hochschulen verbindlich gelten. Auch an Schulen hat die Bundeswehr mit ihrer perfiden Kampagne zur Rekrutierung von Menschen für das Geschäft mit dem Tod nichts zu suchen, überhaupt ist Bundeswehrwerbung aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Dem 1936 errichteten Kriegerdenkmal am Dammtordamm ist endlich ein Deserteursdenkmal entgegengestellt. Umso mehr bekräftigen wir unser Ziel, das militaristische „Tamm-Museum“ zu schließen - Hamburg braucht stattdessen ein Museum für Frieden und Völkerverständigung. Wir arbeiten eng mit der Friedensbewegung zusammen, beteiili-

gen uns an den Aktivitäten und machen den Kampf für die Beendigung aller Kriege und die Abrüstung bis hin zur Auflösung der Bundeswehr zu einem ständigen Thema.

Internationale Solidarität!

Mit unserem Engagement für Frieden und gegen Rechts kämpfen wir dafür, dass kein Mensch mehr fliehen muss. Gleichzeitig streiten wir gemeinsam mit den Geflüchteten für die volle Wiederherstellung des Asylrechts, den Ausbau des Bleiberechts und das aktive und passive Wahlrecht für alle, die hier leben wollen.

Gegen Rechts – für soziale Gleichheit und Solidarität

Rechtsextreme Organisationen stehen für die brutale Zuspitzung sozialer Ungleichheit. Sie messen Menschen je nach ihrer Herkunft sowie ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, ihre Haut zu Markte zu tragen, unterschiedlichen Wert zu. Nazi-Diktatur und Holocaust haben gezeigt, dass das bis zu Vernichtung und Weltkrieg führen kann. Wir kämpfen dagegen für soziale Gleichheit und lassen nicht zu, dass Menschen degradiert und gegeneinander aufgehetzt werden. In Gegnerschaft zum Konkurrenzprinzip führen wir den „Kampf um die Köpfe“ zur Herausbildung eines Lagers der Solidarität – für die gemeinsame Entwicklung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle.

- Wir fordern daher das Verbot aller faschistischen und rassistischen Organisationen. Bis dahin treten wir dafür ein, dass Demonstrationen und Infotische der extremen Rechten in Hamburg-Mitte nicht genehmigt werden.
- Wir unterstützen Gedenkaktivitäten und setzen uns gemeinsam mit der Bezirksfraktion für eine „Woche des Gedenkens“ ein. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Unterdessen wächst der Unmut über die herrschende Politik und die Suche nach einer humanen Alternative. Die AfD versucht sich als eine solche zu präsentieren, will aber als Partei für die Reichen das Elend noch verschärfen und gleichzeitig mit nationalchauvinistischen und leistungsideologischen Parolen einschüchtern, dass alle brave Untertanen sein sollen.

Dagegen hat DIE LINKE in Hamburg-Mitte die Verantwortung und beste Möglichkeiten, wie die erfreulichen Abstimmungen gegen die Seilbahn und Olympia sowie die erfolgreichen Wahlen zur Bezirksversammlung 2014 und zur Bürgerschaft 2015 zeigen, mit einer klaren, aufklärerischen Orientierung für progressive Bewegung und den dringend notwendigen Politikwechsel zu ermuntern. Opposition wirkt!

G20-Gipfel – für eine Welt der 99%!

Für 2017 wird derzeit ein G-20 Gipfel in Hamburg geplant. Bei den G-20 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der zwanzig stärksten Volkswirtschaften, die zusammen 90 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts generieren, belagert von ihren wahren Bossen: den großen Konzernen und Banken. Diese Macht soll an den Vereinten Nationen vorbei weiter verteidigt und zum Schaden der Weltbevölkerung ausgebaut werden (u.a. mit TTIP). Wie bei Olympia steckt in diesem Gipfel alles Übel des dekadenten Imperialismus: die Macht des großen Eigentums, Militarisierung, soziale Verelendung, Erpressung ganzer Staaten. Und: Die Kosten für den letzten G20-Gipfel in Toronto beliefen sich auf eine Milliarde US-Dollar! Wie bei NOlympia verbinden wir unser Nein zum G20-Gipfel in Hamburg mit dem Engagement für soziale Progression. Wir ermuntern die große Mehrheit der Menschen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Solidarität schafft Hoffnung! - Eckpunkte einer produktiven Arbeitsweise

Um diese Aufgaben kooperativ und streitbar anzugehen, braucht DIE LINKE Hamburg-Mitte weiterhin regelmäßige thematische Mitgliederversammlungen und offene Vorstandssitzungen. Außerdem sollen Aktivenberatungen die Beteiligung aller GenossInnen an der Entwicklung und Umsetzung unserer Ideen und Vorhaben ermöglichen.

Dafür ist der Vorstand initiativ und unterstützt Initiativen der Basis. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Stadtpolitische Konferenz ein, um sich nach dem NOlympia-Erfolg gemeinsam mit BündnispartnerInnen aus Gewerkschaften sowie der Friedens-, antifaschistischen, antirassistischen, Studierenden- und anderer Bewegungen zu verständigen, wie ein grundlegender Politikwechsel für ein soziales und solidarisches Hamburg erreicht werden kann. Zusammen sind wir stark!

So entwickeln wir uns weiter als solidarische Mitglieder- und sozialistische Programmpartei, die sich von unten nach oben aufbaut, Begeisterung weckt und weite Kreise zieht. So kann auch die Arbeit in Parlament und Verwaltung wirkungsvoller und erfreulicher werden.